

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Professor Dr. Uwe Jens MdB kommentiert die Arbeitslosenzahlen: Arbeitsmarkt im Würgegriff der Rezession.

Seite 1

Dr. Edith Niehuis MdB zur Kanzleridee, über eine allgemeine Dienstpflicht nachzudenken: Grundgesetz erneut in Frage gestellt.

Seite 2

Manfred Reimann MdB setzt sich mit dem jüngsten Unfallverhütungsbericht auseinander: Ohne Konsequenzen für die Wirklichkeit.

Seite 2

Walter Romberg MdEP weist auf neue Möglichkeiten der Projektfinanzierung im Osten hin: Die Entwicklung der Wachstumsgemeinschaft koordinieren.

Seite 4

Dokumentation I

Das SPD-Präsidium hat sich mit der CDU-Schlammanschuld auseinandergesetzt: "Aufmord kein Tabu mehr".

Seite 5

Dokumentation II

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat im "Superwahljahr" eine "Abwehrfront" gegen die Ultra-rechten gefordert.

Seite 5

49. Jahrgang / 27

8. Februar 1994

Arbeitsmarkt im Würgegriff der Rezession Der Wirtschaftsminister erkennt die Herausforderung nicht

Von Professor Dr. Uwe Jens MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Rezession nimmt den Arbeitsmarkt immer mehr in den Würgegriff und Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt macht sich derweil ungerührt der unterlassenen Hilfeleistung für Wirtschaft und Arbeitsplätze schuldig. Denn er überläßt es dem Bundesarbeitsminister, die arbeitsuchenden Menschen in Kanzler Kohls kollektivem Freizeitpark zu zählen. Auf den Gedanken, die Wirtschaft nachhaltig zu beleben und Wachstumskräfte kräftig zu fördern, scheint Rexrodt nicht zu kommen. Er erkennt seine Herausforderung nicht.

Der erneute dramatische Anstieg um weitere 340.570 Menschen auf über vier Millionen registrierte Arbeitslose in ganz Deutschland zeigt das wahre Ausmaß des Desasters. Ganz beunruhigend ist dabei insbesondere der sich rasant beschleunigende Anstieg der Arbeitslosigkeit im Westen. Betrug der Zuwachs im November noch knapp 50.000 Arbeitssuchende, waren es dann im Dezember über 100.000, so betrug der Anstieg im Januar 222.357 Menschen. Wer bei einer solchen Entwicklung davon redet, daß die Rezession bereits überwunden sei, wie gestern der Kanzler in einer Hofberichterstattungs-Sendung im privaten Fernsehen, dem vernebeln Wunschträume die Sinne oder er verhöhnt die betroffenen Arbeitslosen aus Wahlkampfaktik.

Doch auch Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt schaut gefiltsentlich weg, er sucht hilflos sein Heil in Ablenkungsmanövern. Statt alle seine Kraft auf die Belebung von Wachstumskräften zu bündeln, empfiehlt er die Abschaffung des Rabattgesetzes und die Zulassung von privaten Arbeitsvermittlern. Wie solche Scheinmaßnahmen zu mehr Wachstum und in der Folge zu mehr Arbeitsplätzen führen sollen, bleibt allein sein dunkles Geheimnis. Es ist zu befürchten, daß er, wie auch Kanzler Kohl und der Rest der derzeitigen Bundesregierung, wegen Handlungsunfähigkeit und wirtschaftspolitischer Inkompetenz keinen Ausweg mehr weiß. Wenn ein Wirtschaftsminister so tut, als ginge der Anstieg der Arbeitslosigkeit ihn nichts mehr an, ist es höchste Zeit dafür, daß der Wähler ihn abküst, damit er bald keine Verantwortung mehr hat.

(-/8. Februar 1994/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1801 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verbinden Sie Ihren
Abdruck mit dem
Recycling-Papier



Der Kanzler stellt erneut das Grundgesetz in Frage
Das Nachdenken über eine allgemeine Dienstpflicht hat keine Grundlage in der Verfassung

Von Dr. Edith Niehals MdB
Vorsitzende des Ausschusses für Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages

Der derzeitige Trend der Bundesregierung, das Grundgesetz laufend in Frage zu stellen, wird durch Kanzler Kohl fortgesetzt. Er will die Einführung einer allgemeinen sozialen Dienstpflicht prüfen lassen, um damit den Diskussionen über Wehr- und Dienstgerechtigkeit zu entkommen. Doch eine solche Prüfung ist überflüssig, solange der Artikel 12 Grundgesetz nicht in Frage gestellt wird, der die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ausschließt - wie im übrigen auch einige internationale Abkommen, welche die Bundesrepublik unterzeichnet hat (zum Beispiel Artikel 4 der Konvention der Vereinten Nationen).

Wenn Kanzler Kohl ernsthaft über eine Dienstpflicht nachdenkt, dann sollte ihm zu denken geben, warum die Väter und Mütter des Grundgesetzes in Artikel 12 Grundgesetz die Dienstpflicht für eine demokratische Bundesrepublik ausgeschlossen haben. Als Historiker müßte ihn die Geschichte Ende der 20er, der 30er und 40er Jahre warnen, Pläne zur Einführung eines Arbeitsdienstes wieder in die deutsche Politik einzubringen.

Aber analog zu den Ernteeinsätzen für Arbeitslose zeigen solche Vorschläge nur, daß diese Bundesregierung am Ende ist mit ihrer politischen Gestaltungskraft und sich nicht einmal scheut, fragwürdigste Beispiele aus Deutschlands schrecklichster Geschichte in diesem Jahrhundert zu propagieren.

Wer so wenig für den sicheren Übergang junger Menschen ins Berufsleben tut, eine Ellenbogengesellschaft fördert und dann mit einer allgemeinen Dienstpflicht aufwartet, geht übel mit jungen Menschen um. Sie dürfen nicht zur Manövriermasse des Kanzlers gemacht werden.

Statt vernünftiger Bildungs- und Berufspolitik für junge Menschen wird das BAFöG beschnitten. Statt Sozialberufe für junge Menschen attraktiver zu machen, sollen Sozialberufe durch ungelernete Dienstpflichtige entprofessionalisiert werden. An die Hilfsbedürftigen, die Anspruch auf professionelle Betreuung haben, scheint der Kanzler gar nicht zu denken.

Mittelkürzungen, Zwang und die Androhung von Verschärfungen im Jugendstrafrecht zeigen den Geist, in dem die Bundesregierung auf die Situation junger Menschen heute reagiert.

Diese "geistig-moralische Wende" des Kanzlers kann junge Menschen nur abschrecken.
(-/8. Februar 1994/rs/ks)

Ohne Konsequenzen für die Wirklichkeit
Der Unfall-Verhütungsbericht der Bundesregierung verkommt zur Pflichtübung

Von Manfred Reimann MdB
Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Was hat die Berichterstattung der Bundesregierung für einen Sinn, wenn sie nur ein jährlich steigendes Dilemma offenbart und die konsequente politische Arbeit ausbleibt, durch gesetzgeberische Verordnungen und Schutzbestimmungen für Abhilfe zu sorgen? Die jährlich steigenden Unfallzahlen, wie sie im Bericht ausgewiesen werden, schaffen nicht nur Leid für die Betroffenen, sondern vergrößern auch die Milliardensummen, die zur Wiederherstellung der

Gesundheit bereitgestellt werden müssen. Hier würde eine Diskussion über die Lohnnebenkosten Sinn machen, nämlich absenken der hohen Kosten, die durch Arbeitsunfälle entstehen und damit eine spürbare Entlastung der Sozialversicherungsbeiträge.

Es ist nach wie vor bedrückend, daß es bisher nicht zu einer besseren Arbeitsschutzgesetzgebung gekommen ist und daß in zentralen Fragen der Regelung von Ansprüchen (Umkehr der Beweislast etc.) die Betroffenen nach wie vor vor schwierigen Situationen stehen.

Der Bericht zeigt im einzelnen folgende bedauerliche Zahlen auf:

- o Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber 1991 um 0,01 Prozent auf 37,44 Millionen zurückging, stieg die Zahl der angezeigten Arbeitsunfälle um 3,1 Prozent auf 2,33 Millionen.
- o Bei den tödlichen Unfällen am Arbeitsplatz ist sogar ein Zuwachs von 11 Prozent (= 1.233) zu verzeichnen.
- o Auch die Schülerunfälle sind dramatisch gestiegen, davon die tödlichen Unfälle auf dem Schulweg plus 52 Prozent! Allein die Kosten für die Schülerunfälle betragen 495,79 Millionen DM, das ist eine Steigerung gegenüber 1991 von 22,3 Prozent. Wobei der Grund für die steigende Zahl der Schülerunfälle auch im mangelnden Nahverkehr zu suchen ist. Hier sollten die Verantwortlichen äußerste Anstrengungen unternehmen, um das Nahverkehrsangebot zu verbessern.
- o Da sich die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für Unfälle und Berufskrankheiten (ohne Schüler) auf 20,55 Milliarden Mark beliefen, ist allein hier im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 9,6 Prozent zu verzeichnen.
- o Auch die Anzahl der anerkannten Berufskrankheiten hat weiter zugenommen; sie stieg um 17,4 Prozent auf 13.140. In diesem Zusammenhang stehen 85.721 Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit- auch hier ein "plus" von 24,5 Prozent. Hier ist nach wie vor bemerkenswert, daß die Diskrepanz zwischen Anzeige und Anerkennung einer Berufskrankheit immer noch sehr hoch ist. Es ist immer noch ein weiter (zu weiter?!) Weg von der Anzeige einer Berufskrankheit bis zu ihrer Anerkennung.

Es ist ein Skandal, daß (mit einer Ausnahme) in allen Sparten dieses "Unfallverhütungsberichts" die Prozentzahlen in die Höhe gingen, über die eine Ausnahme, wo die Zahl gesunken ist, mag sich niemand freuen, weil es sich um den Rückgang der Beschäftigten handelt.

Und auch diesmal bleibt zu reklamieren, daß trotz der berechtigten Forderung, die Unfallzahlen nach alten und neuen Bundesländern aufzuschlüsseln (wie es doch auch in fast allen anderen Bereichen immer noch üblich ist), dies ausgerechnet beim Unfallverhütungsbericht wieder nicht möglich gewesen ist. So bleiben uns Vergleichsmöglichkeiten zwischen den alten und neuen Ländern verwehrt, obwohl gerade hier die Differenzierung sehr aufschlußreich wäre.

Wie die Bundesregierung mit diesem Problem umgeht, sieht wie folgt aus: Zuerst wird der SPD-Entwurf für ein Arbeitsschutzgesetzbuch von den Koalitionsparteien abgelehnt. Dann wird das Gerippe eines Arbeitsschutzrahmengesetzes vorgelegt und für ausreichend erklärt. Und nun wird selbst diese Minimalösung von dem kleineren Koalitionspartner FDP blockiert und kurzfristig von der Tagesordnung zurückgezogen.

Es darf bei der Arbeitsweise dieser Regierung davon ausgegangen werden, daß es noch seine Zeit dauern wird, bis es zu guten Regelungen kommt. Vielleicht hilft uns die Wahl 1994, das Problem zu lösen, denn bei einer SPD-Mehrheit wird unser Gesetzentwurf für ein umfassendes Arbeitsschutzgesetzbuch wieder auf der Tagesordnung stehen.

Es steht jetzt schon zu befürchten, daß der nächste Unfallverhütungsbericht die jetzige Tendenz mit steigenden Unfallzahlen und steigenden Kosten weiter ausweisen wird. Nur ein grundlegend reformiertes Arbeitsschutzrecht wird hier eine Wende einleiten.

(-/8. Februar 1994/rs/ks)

Die Entwicklung der Wachstumsgemeinschaft koordinieren
**Die Europäische Kommission sollte die Möglichkeiten zur Projektfinanzierung im Osten
schnell umsetzen**

Von Walter Romberg MdEP

Die neue Haushaltslinie im EU-Haushalt 1994 mit 150 Millionen ECU für grenzüberschreitende Kooperation (GüK) an der Ost-Außengrenze der Europäischen Union, die Projekte auf der Seite der östlichen Nachbarstaaten der EU (von den Baltischen Republiken bis nach Bulgarien) finanzieren soll, muß von der Europäischen Kommission schneller umgesetzt werden.

Dringend erwartet wird im Europäischen Parlament der Verordnungsentwurf der Kommission, der die Ziele, Maßnahmen und Instrumente des neuen EU-Programms für die Kooperation mit den an die Gemeinschaft angrenzenden Ländern Mittel- und Osteuropas ("Programm GüK-Ost") definiert.

Das Programm sollte auf zwei Säulen stehen:

1. Förderung von Maßnahmen, die in enger Kooperation mit regionalen und lokalen Behörden in Grenzregionen geplant werden (Investitionshilfen für kleine und mittlere Unternehmen, Technologietransfer und Forschungsk Kooperation, Aufbau von Handelsorganisationen, Ausbau der Infrastruktur, ländliche Entwicklung, Umweltprojekte, Berufsausbildung, Zusammenarbeit in Gesundheitswesen, Verwaltung, Justiz und auf dem Medizensektor).

Der Kommission liegen hierzu bereits zahlreiche ausgearbeitete Projektvorschläge (einschließlich Finanzbedarf) vor, die schon zwischen den jeweiligen Partnern abgestimmt sind und deren Realisierung ohne unnötigen Zeitverzug in Angriff genommen werden sollte.

2. Förderung von strategischen Projekten für eine zukünftige enge Wirtschaftskooperation zwischen West- und Osteuropa. Dringend erforderlich sind hier industriepolitische Pilotprojekte für die Entwicklung einer engen Verknüpfung von west- und osteuropäischer Industrie.

Aus den breiten Verlagerungen industrieller Produktion (Fahrzeug- und Maschinenbau, Elektronik, Textilindustrie und so weiter) in die osteuropäischen Niedrigkosten-Länder entstehen gegenwärtig neue Arbeitsteilungen zwischen West- und Osteuropa. Dieser Prozeß muß von allen beteiligten Staaten auch industriepolitisch gestaltet werden. Für beide Seiten, Europäische Union und Osteuropa, ist eine Wachstumsgemeinschaft notwendig, mit planvoller Marktöffnung und angemessener makroökonomischer Koordinierung.

Die neue Haushaltslinie mit 150 Millionen ECU für 1994 und mit weiteren Finanzmitteln bis 1999 gibt die Chance für ein Programm der Europäischen Union, das diese Wachstumsgemeinschaft auf den Weg bringt.

Die Europäische Kommission ist gefordert, diese Chance zu nutzen.

(-/8. Februar 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION I

"Rufmord kein Tabu mehr"

Mit Blick auf den Wahlkampf hat das Präsidium der SPD bei seiner Sitzung am 7. Februar in Hannover unter der Leitung des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping eine Erklärung verabschiedet. Der Wortlaut:

Die Wahlen im Jahr 1994 stehen im Schatten einer weitreichenden Konjunktur- und Strukturkrise und einer Politik in Bonn, die gekennzeichnet ist durch das Fehlen jeglicher Industriepolitik, durch eine rabiate Umverteilung von unten nach oben und damit durch eine massive Bedrohung des sozialen Friedens in Deutschland.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in den letzten Monaten bundesweit neue Zustimmung erfahren und verlorengegangenes Vertrauen zurückgewonnen. Das ist eine gute Grundlage für die gegenwärtige Wahlauseinandersetzung auch in Niedersachsen. In Niedersachsen geht es nicht um die Wahl des Bundeskanzlers. Hier wird ein Ministerpräsident gewählt. Und die niedersächsische SPD kämpft selbstbewußt um die klare Führung im Lande. Ein Erfolg in Niedersachsen wird die gesamte SPD in ihrem Kampf um eine neue Politik in Deutschland stärken und zusätzlich motivieren.

Die Menschen erwarten von der SPD Orientierung in schwieriger Zeit und das unbedingte Kümmern um ihre Lebensbedingungen und existentiellen Probleme. Die Sozialdemokratie im Bund und in den Ländern steht dafür. Der Kampf um die Sicherung von Arbeitsplätzen hat dabei oberste Priorität. In Niedersachsen sind nicht nur Lemwerder und das Arbeitszeitmodell bei Volkswagen bundesweite Symbole dafür, daß es soziale Alternativen gibt, die der Massenarbeitslosigkeit den Kampf ansagen und den Menschen wieder Hoffnung geben können.

Das Präsidium fordert die Bonner Regierungsparteien erneut auf, endlich den Weg für die Pflegeversicherung freizumachen. Vor allem die FDP muß ihre Blockadepolitik aufgeben. Bisher ist bei der Bundesregierung immer noch kein ernsthafter Wille zu erkennen, mit der SPD zu einem tragfähigen Kompromiß bei der Pflegeversicherung zu kommen.

Bei den Wahlveranstaltungen in Niedersachsen kann die SPD mit Zufriedenheit feststellen, daß die Menschen wieder zu ihr kommen. Sie erwarten eine ehrliche und nüchterne Beschreibung der Möglichkeiten von Politik in einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise. Die SPD wird sich diesen Erwartungen verantwortlich stellen und mit Klarheit und Wahrheit für neues Vertrauen in die Politik werben.

Trotz des wachsenden Vertrauens der Bevölkerung in die Politik der SPD ist offenkundig, daß die Wahlauseinandersetzungen der kommenden Monate ungewöhnlich hart werden und noch nicht gewonnen sind. Trotz aller Appelle sind die Unionsparteien entschlossen, die Wahlkämpfe in eine Schlammschlacht ausufern zu lassen. Die jüngsten Diffamierungen des Bun-

deskanzlers haben selbst schlimmste Befürchtungen weit übertraffen. Mit seinen Ausfällen hat sich der Kanzler an die Spitze derer gestellt, für die selbst haltlose Diffamierungen und politischer Rufmord kein Tabu mehr sind. Um die Hilflosigkeit der CDU angesichts des dramatischen Vertrauensverlustes in ihre Politik zu kaschieren, ist er bereit, die Gesprächsbasis der demokratischen Parteien mutwillig zu zerstören. Der Union wird es dennoch nicht gelingen, das Erbe Willy Brandts und die Leistungen führender Sozialdemokraten für Frieden und Entwicklung in Europa zu diffamieren: Sie schadet lediglich sich selbst und spielt den Gegnern unserer Demokratie in die Hände.

(-/8. Februar 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION II

DIG: Abwehrfront gegen Ultrarechte bilden

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) hat mit Blick auf das "Superwahljahr" eine "Abwehrfront" der demokratischen Parteien gegen die Ultrarechten gefordert. Der Wortlaut:

Das Jahr 1994 wird den Bundesbürgern zwangsläufig einen permanenten Wahlkampf auf allen Ebenen staatlicher und kommunaler Vertretungskörperschaften bescheren. Im Vorfeld dieses demokratischen Ringens um Ideen und Mehrheiten appelliert die Deutsch-Israelische Gesellschaft an alle, die dabei um politische Ziele streiten und um eine Stimmabgabe zu ihren Gunsten werben, den Kampf gegen vorhandene Gefahren rechtsradikaler und rassistischer Strömungen in ihre Wahlkampfkonzepte einzubeziehen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, extremistische und nationalistische Positionen eindeutig abzulehnen und, wo immer möglich, eine gemeinsame Abwehrfront dagegen zu bilden.

Die deutsch-Israelische Gesellschaft warnt in diesem Zusammenhang vor Ausgrenzungen von Minderheiten, vor der Wiederbelebung alter Sündenbock-Theorien und vor der Neuformulierung von Feindbildern.

Politisch Verantwortliche - und damit sind alle demokratischen Lager gemeint - sollten es sich zur Pflicht machen, durch eine offene Auseinandersetzung unter Wahrung der Fairneß, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Harter, aber sachlicher Wettstreit ist gefragt. Simplifizierungen, die am Ende nur antidemokratischen Kräften dienen, sind Gift für unsere demokratische Gesellschaft.

(-/8. Februar 1994/rs/ks)
